

Schriften zum Internationalen und  
Europäischen Strafrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Florian Jeßberger, Universität Hamburg

Professor Dr. Frank Neubacher, M.A., Universität zu Köln

Professor Dr. Helmut Satzger, LMU München

Professor Dr. Gerhard Werle, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 7

Julia Geneuss

# Völkerrechtsverbrechen und Verfolgungsermessen

§ 153f StPO im System völkerrechtlicher Strafrechtspflege



**Nomos**



**Stämpfli Verlag**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2013

ISBN 978-3-8487-0354-8 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden)

ISBN 978-3-7272-7728-3 (Stämpfli Verlag, Bern)

1. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

realizing utopia.  
Antonio Cassese, 1937-2011



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2012/2013 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen. Die Verteidigung fand im Januar 2013 statt. Für die Veröffentlichung wurde der Text geringfügig überarbeitet und aktualisiert.

Die Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Professor Dr. Florian Jeßberger, zunächst an der Lichtenberg-Professur für Internationales Strafrecht und Strafrechtsvergleichung an der Humboldt-Universität zu Berlin, später am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Juristische Zeitgeschichte an der Universität Hamburg. Teil seines Lehrstuhls zu sein war – und ist – eine lehrreiche, stets inspirierende und motivierende Erfahrung und entscheidend nicht nur für das Gelingen der Untersuchung, sondern insgesamt für meinen bisherigen wissenschaftlichen Werdegang. Ich danke ihm für die all die ganzen Jahre vertrauensvoller Zusammenarbeit, seine uneingeschränkte Förderung und seine vorbehaltlose Unterstützung bei so Vielem.

Es freut mich sehr, dass Professor Dr. Gerhard Werle das Zweitgutachten erstellt hat. Ich danke ihm für sein Interesse an meiner Arbeit, zahlreiche inhaltliche Anregungen und die vielfache Unterstützung, die er mir insbesondere auch im Hinblick auf die Realisierung meines Masterstudiums an der NYU School of Law hat zukommen lassen.

Danken möchte ich zudem Bundesanwalt Thomas Beck und Oberstaatsanwalt Christian Ritscher vom Völkerstrafrechtsreferat des Generalbundesanwalts für ihr mir entgegengebrachtes Vertrauen, die freundlichen Gespräche und weiterführenden Hinweise.

Den Herausgebern der Schriften zum Internationalen und Europäischen Strafrecht – Professor Dr. Martin Heger, Professor Dr. Florian Jeßberger, Professor Dr. Frank Neubacher, Professor Dr. Helmut Satzger und Professor Dr. Gerhard Werle – danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe.

Für inhaltliche Impulsgebung, kompetente Kritik und außerakademischen Ausgleich danke ich Marie Hesselbarth, LL.M., Dr. Jan Philipp Book und Dr. Boris Burghardt.

Gewidmet ist die Arbeit meinen Eltern, mit Dank für alles.

Berlin, im Januar 2013

JG



# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	19
<b>Einleitung</b> .....	23
A. Einführende Skizze und Problemaufriss .....	23
B. Gegenstand, Ausgangspunkt und Konzeption .....	25
C. Zielsetzung .....	27
<b>Erster Teil: Grundbegriffe</b> .....	29
A. Jurisdiktion und Strafgewalt .....	29
I. Völkerrechtliche und staatsrechtliche Dimension der Strafgewalt .....	30
II. Originäre und derivative Strafgewalt .....	31
III. Unterschiedliche Aspekte von Strafgewalt .....	32
1. Rechtssetzungsgewalt: <i>jurisdiction to prescribe</i> .....	33
2. Rechtsprechungsgewalt: <i>jurisdiction to adjudicate</i> .....	35
3. Strafrechtliche Ermittlungsgewalt: <i>jurisdiction to investigate</i> .....	38
4. Vollzugsgewalt: <i>jurisdiction to enforce</i> .....	41
IV. Die Aspekte der Strafgewalt im deutschen Recht .....	42
V. Zusammenfassung .....	44
B. Verfolgungsermessen .....	44
I. Legalitätsprinzip .....	46
1. Inhalt und Begründung .....	46
2. Umfang und Geltungsvoraussetzungen .....	47
a. Anfangsverdacht .....	47
b. Vorermittlungen zur Klärung des Anfangsverdachts .....	48
3. Keine Einschränkung bei fehlenden Aufklärungschancen .....	50
II. Opportunitätsgeprägte Regelungen .....	51
1. Inhalt .....	51
2. Begründung und Einteilung der Opportunitätsvorschriften .....	53
3. Umfang und Geltungsvoraussetzungen .....	55
4. Standort des Entscheidungsspielraums .....	56
5. Ermessensausübung und rechtliche Bindungen .....	58

a. Keine rechtsfreien Entscheidungsspielräume .....	58
b. Grad und Maß rechtlicher Bindungen .....	59
III. Zusammenfassung .....	62
C. Völkerrechtsverbrechen .....	62
I. Völkerrechtliche Straftatbestände .....	62
II. “Staatliches” Völkerstrafrecht .....	64
III. Zusammenfassung .....	65
 <b>Zweiter Teil:</b>	
<b>Das System völkerrechtlicher Strafrechtspflege als rechtliches Entscheidungsumfeld .....</b>	<b>67</b>
A. Quelle der völkerrechtlichen Strafgewalt: Straf-Recht jenseits des Staates? .....	69
I. Die Entwicklung der Völkerrechtsordnung Vom Staat zur internationalen Gemeinschaft .....	71
1. Traditionelle Völkerrechtskonzeption .....	71
2. Moderne Völkerrechtskonzeption .....	72
a. Gemeinschaftsinteressen .....	72
b. Die internationale Gemeinschaft .....	74
c. Rechtsinstrumente zum Schutz der Gemeinschaftsinteressen .....	76
aa. <i>ius-cogens</i> -Normen: Legislative Funktion der internationalen Gemeinschaft .....	76
bb. <i>erga-omnes</i> -Verpflichtungen: Die internationale Gemeinschaft als Rechteinhaberin .....	79
d. Partielle Völkerrechtssubjektivität der internationalen Gemeinschaft .....	81
II. Moderne Völkerrechtskonzeption und Völkerstrafrecht .....	83
1. Schutz von Gemeinschaftsinteressen .....	84
2. <i>ius-cogens</i> -Normen und Völkerstrafrecht .....	86
3. <i>erga-omnes</i> -Verpflichtungen und Völkerstrafrecht .....	87
4. Völkerstrafrecht: <i>ius puniendi</i> der internationalen Gemeinschaft .....	92
III. Abgrenzung zur zwischenstaatlichen Kooperation in Strafsachen .....	93
IV. Zusammenfassung .....	94
B. Durchsetzung von Völkerstrafrecht .....	95
I. Tatnahe Staaten .....	95
1. Quelle der Strafgewalt .....	95
a. “Gewöhnliche” staatliche Strafgewalt .....	95
b. Duale Strafgewalt tatnaher Staaten .....	95

2. Gerichtsbarkeit tatnaher Staaten .....	96
a. Pflicht zur Strafverfolgung .....	96
b. Keine Durchsetzung von Völkerstrafrecht mittels “gewöhnlicher” Straftatbestände .....	97
3. Die Rolle des Verletztenstaates .....	99
II. Supra- und internationale Strafgerichte .....	100
1. Die ad-hoc-Tribunale .....	101
a. Quelle der Strafgewalt .....	102
b. Gerichtsbarkeit der Tribunale .....	102
2. Internationaler Strafgerichtshof .....	104
a. Quelle der Strafgewalt: Internationaler Strafgerichtshof als Strafgericht der internationalen Gemeinschaft? .....	105
aa. Supranationales Strafgericht .....	105
bb. Vertragsstaatengestütztes Gericht .....	106
cc. Die Rechtsnatur des Römischen Statuts .....	107
(1) “Gerichtsverfassungsgesetz” .....	107
(2) Materielles Strafgesetz .....	108
(3) Ausnahme: Nichtvertragsstaaten .....	109
dd. Ergebnis: Internationaler Strafgerichtshof als “two courts in one” .....	111
b. Gerichtsbarkeit .....	112
aa. Allgemeine Gerichtsbarkeitsbestimmung .....	112
bb. Erheblichkeitsschwelle .....	114
(1) Sinn und Zweck .....	115
(2) Faktoren zur Bestimmung der Erheblichkeit .....	117
(3) Stellungnahme und Ergebnis .....	118
cc. Aussetzen der Gerichtsbarkeit durch den Sicherheitsrat .....	120
III. Drittstaaten .....	121
1. Quelle der Strafgewalt .....	121
a. Völkerrechtliche Rückbindung drittstaatlicher Strafgewalt durch das Universalitätsprinzip .....	121
b. Strafgewalt abgeleitet von der internationalen Gemeinschaft .....	123
c. Abgrenzung zur “vertragsgestützten universellen Jurisdiktion” .....	124
d. Das Missverständnis einer “universellen Rechtssetzungsgewalt <i>in absentia</i> ” .....	126
2. Allgemeine Drittstaatengerichtsbarkeit .....	128
a. Drittstaatengerichtsbarkeit und Immunität .....	128
b. Drittstaatengerichtsbarkeit und Anwesenheitserfordernis .....	130

aa. Universelle Aburteilungsgewalt <i>in absentia</i> .....	131
bb. Universelle Ermittlungsgewalt <i>in absentia</i> .....	132
(1) Nachweis einer völkerrechtlichen Verbotsnorm .....	133
(2) Vorteile einer universellen Ermittlungsgewalt <i>in absentia</i> .....	136
cc. Zusammenfassung .....	138
c. Pflicht zur Strafverfolgung .....	139
3. Kritik der universellen Gerichtsbarkeit und Lösungsansätze .....	141
IV. Zusammenfassung .....	145
C. Koordination der Gerichtsbarkeiten:	
Ermittlungs-, Verfolgungs- und Aburteilungszuständigkeit .....	145
I. Auflösung vertikaler Jurisdiktionskonflikte: Das Verhältnis zwischen nationaler und internationaler Gerichtsbarkeit .....	147
1. Vorrangzuständigkeit der ad-hoc-Tribunale .....	147
2. Komplementaritätsprinzip: Zuständigkeitskoordination von IStGH- und staatlicher Gerichtsbarkeit .....	149
a. Sinn und Zweck der Komplementarität .....	150
b. Adressaten des Komplementaritätsprinzips .....	153
aa. Alle Staaten inklusive Drittstaaten .....	153
bb. Nur tatnahe Staaten .....	154
c. Umsetzung:	
Situationsbezogene und tatbezogene Komplementarität .....	157
aa. Tatbezogene Komplementarität:	
Strafverfolgungs- und Aburteilungszuständigkeit .....	159
(1) Umsetzung .....	159
(a) Untätigkeit .....	159
(b) Unzulässigkeitsvermutung bei staatlicher (Straf-)Verfolgungstätigkeit .....	161
(aa) “Gewöhnliche” Straftatbestände .....	161
(bb) Strafverzicht, Amnestien, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen .....	162
(c) Rückausnahmen .....	165
(2) Verfahren und Überprüfungsmöglichkeit .....	166
bb. Situationsbezogene Komplementarität:	
Ermittlungszuständigkeit .....	167
(1) Umsetzung .....	167
(2) Verfahren und Überprüfungsmöglichkeit .....	170
d. Zusammenfassung .....	172
II. Auflösung horizontaler Jurisdiktionskonflikte:	
Subsidiarität der Drittstaatengerichtsbarkeit .....	174

1. Verbindlicher Rechtssatz oder “act of international courtesy”?	175
a. Staatenpraxis	175
b. Binnenrationalität des Völkerrechts	177
2. Inhaltliche Ausgestaltung:	
Situationsbezogene und tatbezogene Subsidiarität	179
a. Tatbezogene Subsidiarität	179
b. Situationsbezogene Subsidiarität	180
3. Verfahrensmäßige Ausgestaltung	181
a. Entscheidungsinstanz	181
b. Notifizierungsverfahren und Übergabe der Strafverfolgung	182
4. Zusammenfassung	184
III. Verbot doppelter Strafverfolgung:	
Völkerstrafrechtliches <i>ne bis in idem</i>	185
1. Vertikale Wirkung des <i>ne bis in idem</i>	185
a. ad-hoc-Tribunale	185
b. Internationaler Strafgerichtshof	186
2. Horizontale Wirkung des <i>ne bis in idem</i>	188
IV. Zusammenfassung	190
D. Zusammenfassung	191

### **Dritter Teil:**

#### **Die Rolle des Generalbundesanwalts**

#### **im System völkerrechtlicher Strafrechtspflege** ..... 197

A. Deutsches Völkerstrafrecht	
vor Inkrafttreten des Völkerstrafgesetzbuchs	198
I. Rechtliche Grundlagen	199
II. Anwendungspraxis	200
1. Darstellung der Anwendungspraxis	201
a. <i>Duško Tadić</i>	201
b. <i>Novislav Džajić</i>	203
c. Erster ablehnender Beschluss des Bundesgerichtshofs	204
d. Zweiter ablehnender Beschluss des Bundesgerichtshofs	205
e. <i>Nikola Jorgić</i>	205
f. <i>Maksim Sokolović</i>	207
g. <i>Durađ Kušljic</i>	207
h. <i>Onesphore Rwabukombe</i>	208
2. Auswertung: Nichteinmischungsgrundsatz	
und legitimierender Anknüpfungspunkt	209

a. Völkerrechtskonformität der universellen Geltung des deutschen Strafrechts .....	210
b. Legitimierender Anknüpfungspunkt .....	211
aa. Nähebeziehung zwischen Beschuldigtem und Deutschland .....	212
bb. Staatliches und überstaatliches Strafverfolgungsinteresse .....	213
cc. Stellungnahme .....	214
III. Zusammenfassung .....	216
B. Deutsches Völkerstrafrecht seit Inkrafttreten des Völkerstrafgesetzbuchs .....	217
I. Rechtliche Grundlagen .....	217
1. § 1 VStGB: Universelle Geltung der deutschen Strafgewalt .....	219
a. Kein Inlandsbezugserfordernis .....	220
b. Normzweck und Begründung .....	221
2. § 153f StPO:	
Prozedurale Flankierung des Universalitätsgrundsatzes .....	221
a. Inhalt und Wortlaut .....	222
b. Normzweck und Begründung .....	224
aa. Verhältnis von § 153f StPO und § 153c StPO .....	224
bb. Durchbrechung des Legalitätsprinzips .....	225
cc. Rücknahme des Ermessens bei Auslandstaten .....	226
dd. Ergebnis: Zielkonflikt .....	227
c. Systematik des § 153f StPO: Ermessenseröffnende Tatbestände und Ermessensausübungsregelung .....	228
aa. Schrifttum .....	229
bb. Stellungnahme .....	232
d. Verwirklichung des Grundsatzes doppelter Subsidiarität .....	234
II. Anwendungspraxis .....	237
1. Verfolgungsstrategie der Bundesanwaltschaft .....	238
2. Darstellung der Anwendungspraxis .....	240
a. Eingeleitete Ermittlungsverfahren .....	241
aa. Verfolgungspflicht .....	241
bb. Verfolgungsermessen .....	243
b. Nichteröffnungsverfügungen und Klageerzwungsentscheidungen .....	245
aa. <i>Donald H. Rumsfeld</i> und andere (Rumsfeld I) .....	245
(1) Nichtverfolgungsentscheidung .....	245
(2) Klageerzwungsverfahren .....	247
bb. <i>Ramsan Kadyrow</i> .....	248

cc. <i>Jiang Zemin</i> und andere (Falun Gong I) .....	248
dd. <i>Zakir Almatov</i> und andere .....	249
(1) Nichtverfolgungsentscheidung .....	250
(2) Klageerzwingungsverfahren .....	251
ee. <i>Rustan Inoyatov</i> .....	252
ff. <i>Donald H. Rumsfeld</i> und andere (Rumsfeld II) .....	252
(1) Nichtverfolgungsentscheidung .....	253
(2) Klageerzwingungsverfahren .....	254
gg. <i>Recep Tayyip Erdogan</i> und andere .....	255
hh. Falun Gong II .....	256
3. Auswertung der Anwendungspraxis .....	256
III. Zusammenfassung .....	261

#### **Vierter Teil:**

<b>Die Konturierung des Verfolgungsermessens nach § 153f StPO .....</b>	<b>263</b>
A. Völkerrechtlich bedingte Ermessensreduktion auf Null .....	265
I. Unzulässigkeit der Strafverfolgung .....	266
1. Anwesenheitserfordernis .....	266
2. Subsidiaritätsprinzip .....	266
a. Tatbezogene Subsidiarität .....	267
b. Situationsbezogene Subsidiarität .....	267
c. Ergebnis .....	268
3. Völkerstrafrechtliches <i>ne bis in idem</i> .....	269
II. Pflicht zur Strafverfolgung .....	269
B. Ausübung des Verfolgungsermessens: Interessenabwägung .....	270
I. Überstaatliches Gemeinschaftsinteresse	
an Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland .....	272
1. Bezugsobjekt des Ermittlungs- und Strafverfolgungsinteresses .....	272
2. Auslegung des IStGH-Statuts .....	273
a. Ermittlungsermessen, Art. 53(1) IStGH-Statut .....	275
aa. "Interessen der Gerechtigkeit"	
und außer(straf)rechtliche Erwägungen .....	276
(1) Außerstrafrechtliche Aufarbeitungsmechanismen:	
Kompensation des Strafverfolgungsinteresses .....	277
(2) Notstandsgedanke: Weichendes Strafverfolgungsinteresse .....	278
bb. Inhalt und Gewicht .....	280
cc. Gerichtliches Zustimmungserfordernis	
zur Einleitung und Durchführung förmlicher Ermittlungen .....	281

b. Verfolgungsermessen, Art. 53(2) ISTGH-Statut .....	282
aa. "Interessen der Gerechtigkeit"	
und außer(straf)rechtliche Erwägungen .....	283
bb. Inhalt und Gewicht .....	283
3. Rückschlüsse auf die Ausübung	
des Ermessens durch den Generalbundesanwalt .....	285
II. Interessen Deutschlands als strafverfolgender Staat .....	287
1. Spezifisches Strafverfolgungsinteresse Deutschlands .....	287
a. Deutschland als Aufenthaltsstaat .....	288
b. Im Inland domizilierte Ausländer .....	290
2. Justizökonomische Interessen .....	291
a. Aufwand-Erfolgs-Relation .....	292
b. Erfolgsaussichten völkerstrafrechtlicher Ermittlungen .....	293
aa. Gewöhnliches Ermittlungsverfahren .....	294
bb. Ansatz der antizipierten Beweissicherung .....	294
c. Vorteile antizipierter Beweissicherung .....	299
aa. Mehrwert justizförmiger Beweissicherung .....	299
bb. Katalysator für Strafverfolgung	
im Tatortstaat (" <i>Pinochet</i> -Effekt") .....	300
d. Schwierigkeiten bei der Umsetzung	
der antizipierten Beweissicherung .....	301
e. Umsetzung der antizipierten Beweissicherung	
<i>de lege ferenda</i> : Beweissicherungsverfahren .....	305
3. Außerrechtliche außen- und staatspolitische Interessen .....	306
a. Politische Erwägungen im Rahmen der §§ 153c, 153d StPO .....	307
aa. Notstandsgedanke .....	307
bb. Politische Erwägungen in der Interessenabwägung .....	308
b. Politische Indifferenz des § 153f StPO .....	309
aa. Notstandsgedanke .....	309
bb. Politische Erwägungen in der Interessenabwägung .....	310
c. Abschaffung des Weisungsrechts und gerichtliche Mitwirkung .....	312
d. Außenpolitische Erwägungen <i>de lege ferenda</i> .....	313
III. Interessen tatnaher Staaten .....	315
1. Interesse an einer eigenen Strafverfolgung .....	316
2. Teilweises und generelles Nichtverfolgungsinteresse .....	316
IV. Individualinteressen .....	317
1. Interessen des Tatverdächtigen .....	318
a. Nähe zum Strafverfahren .....	318

b. Faires Verfahren .....	318
c. Keine Stigmatisierung .....	320
d. Personenbezogene Merkmale .....	321
2. Interessen der Verletzten .....	322
a. Berechtigtes Interesse der Verletzten .....	322
b. Vorwurf des <i>forum shopping</i> .....	325
C. Zusammenfassung .....	327
<b>Resultate in Thesen und Überlegungen zur Reform .....</b>	<b>331</b>
A. Resultate in Thesen .....	331
B. Überlegungen zur Reform .....	339
Literaturverzeichnis .....	343

